

Ausscheiden aus dem Notaramt mit Erreichen der Altersgrenze, § 48a BNotO

Mit dem Ausscheiden einer Notarin oder eines Notars aus dem Amt stellt sich die Frage, ob im Hinblick auf eventuell noch nicht vollständig abgewickelte Vorgänge gem. § 56 BNotO ein Notariatsverwalter zu bestellen ist oder gem. § 51 Abs. 1 S. 2 BNotO die Übertragung der Aktenverwahrung auf einen Notar ausreicht. Dies hängt vor allem von der Zahl der noch zu vollziehenden Verträge ab.

Sollte die Bestellung eines Notariatsverwalters notwendig werden, so wäre der Antrag durch die ausscheidende Notarin / den ausscheidenden Notar und eventuell ein Vorschlag zur Person des Verwalters an die Notarabteilung bei dem Präsidenten des Kammergerichts zu richten (Notarabteilung, Frau Schrank, Tel.: 90152-542).

Der Antrag auf Übernahme der Verwahrung der Akten und Bücher wäre hingegen bei der Präsidentin des Landgerichts von der übernehmenden Notarin / vom übernehmenden Notar zu stellen (§ 51 Abs. 1 S. 2 BNotO i.V.m. Nr. 32 AVNot).

Für den Fall, dass weder eine Notariatsverwaltung noch eine Aktenverwahrung durch einen anderen Notar beabsichtigt ist, sind die Notariatsakten, -urkunden und Bücher gem. § 51 Abs. 1 BNotO beim Amtsgericht Schöneberg (Abt. 70, Herr Jobsky, Tel.: 90159-805) abzugeben. Auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Schöneberg sind auch die Dienstsiegel, -stempel und die zweiteilige Matrix aus der Siegelpresse abzuliefern.

Aktenverwahrung:

Der aktenverwahrende Notar hat dieselben Befugnisse zum Vertragsvollzug wie der Notariatsverwalter. § 58 Abs. 3 S. 2 BeurkG setzt als selbstverständlich voraus, dass der aktenverwahrende Notar Verträge abwickelt und sieht dementsprechend vor, dass ihr oder ihm die Verfügungsbefugnis über die zugehörigen Anderkonten übertragen wird (so auch Nr. 32 AVNot). Wenn das zur Erledigung der offenen Angelegenheiten ausreicht, ist die Bestellung eines Notariatsverwalters durch den zuständigen Präsidenten des Kammergerichts entbehrlich.

Die aktenverwahrende Notarin / der aktenverwahrende Notar führt die Verwahrung aus eigenem Amt. Das heißt, dass keine zusätzliche Versicherung benötigt wird und dass neue Urkunden in ihre/seine Urkundenrolle und übernommene Massen unter neuer Nummer in ihr/sein Massen- und Verwahrungsbuch einzutragen ist.

Sofern nicht die Übertragung der Verwahrung sämtlicher Urkunden, Akten und Bücher bei der Präsidentin des Landgerichts beantragt wird, sollte die ausscheidende Notarin / der ausscheidende Notar eine Liste der noch offenen Vorgänge, ggf. einschließlich der zugehörigen Anderkonten erstellen (UR-Nr., Datum der Beurkundung, Beteiligte, sowie ggf. Bezeichnung der Masse, der anderkontoführenden Bank und der Kontonummer).

Der die Aktenverwahrung übernehmende Notar / die übernehmende Notarin müsste dann bei der Präsidentin des Landgerichts den Antrag stellen, ihm/ihr nach den o. g. Bestimmungen die Aktenverwahrung zu den in der Liste genannten Vorgängen zu übertragen. Wenn Anderkonten bestehen, kann die Präsidentin des Landgerichts auch die Verfügungsbefugnis über diese Konten übertragen (§ 58 Abs. 3 S. 2 BeurkG i. V. m. Nr. 32 AVNot). Die übrigen Akten und Bücher können, wenn eine Amtstätigkeit nicht mehr erforderlich ist, gem. § 51 Abs. 1 S. 1 BNotO beim Amtsgericht Schöneberg (Abt. 70) in Verwahrung gegeben werden.

Notariatsverwaltung:

Sollte eine Notariatsverwaltung erforderlich sein, wird die Notarkammer der Bestellung zum Verwalter zustimmen, soweit Einverständnis mit nachfolgender Regelung besteht:

Die Vergütung des Notariatsverwalters richtet sich nach den Bestimmungen des § 59 BNotO.

Die Notarkammer macht von der Ausnahmeregelung des § 59 Abs. 3 BNotO Gebrauch und überlässt der Notariatsverwalterin / dem Notariatsverwalter die in der Zeit der Verwaltungstätigkeit anfallenden Gebühren mit der Maßgabe, dass das Amt auf eigene Rechnung geführt wird, ohne mit der Notarkammer abrechnen zu müssen. Diese Gebühren dürfen ausschließlich im Wege der Abwicklung der noch offenen Notariatsgeschäfte berechnet werden.

Die Vornahme neuer Notariatsgeschäfte gem. § 56 Abs. 2 S. 3 BNotO ist nur innerhalb der ersten drei Monate nach Übernahme der Verwaltung zulässig. Es genügt für die Einhaltung der Frist nicht, wenn lediglich der Auftrag zu der Beurkundung innerhalb der ersten drei Monate erteilt worden ist; diese muss vielmehr innerhalb der Frist vorgenommen werden (vgl. KG, Urteil vom 2013, Not 12/12). Nach Ablauf der Frist sind nur noch Beurkundungsgeschäfte i. S. d. §§ 20 bis 22 BNotO zulässig, wenn sie an frühere Beurkundungen angeschlossen werden, wie zur Ergänzung, Änderung, Berichtigung, Aufhebung derselben (vgl. OLG Celle, Beschluss vom 18.03.2010, Not 6/10; Schippel/Bracker, BNotO, 9. Aufl., § 56, Rn. 7).

Als vollständige Abwicklung der Notariatsgeschäfte im Sinne dieser Bedingung sieht es die Notarkammer auch an, wenn sich die Notariatsverwalterin / der Notariatsverwalter

– sofern noch selbst auch als Notarin oder Notar zugelassen – nach Beendigung der Notariatsverwaltung wegen einzelner noch nicht beendeter Angelegenheiten gem. § 51 BNotO von der Präsidentin des Landgerichts die Aktenverwahrung übertragen lässt und den Vertragsvollzug als aktenverwahrende Notarin / aktenverwahrender Notar weiterführt. In keinem Fall ist die Notarkammer verpflichtet, eine Vergütung für diese Tätigkeit zu zahlen.

Gemäß § 61 BNotO hat die Notarkammer den Notariatsverwalter durch Abschluss einer Haftpflichtversicherung zu sichern. Diese beträgt 1.771,32 € pro Jahr zzgl. 19 % Versicherungssteuer (insges. **2.107,87 €**). Die Kammer wird die Versicherungsprämie von der Verwalterin / dem Verwalter zurückfordern (vgl. Schippel-Bracker BNotO, 9. Aufl., § 61 Rn. 9).

Sollte die Notariatsverwalterin / der Notariatsverwalter nicht (mehr) als Notar zugelassen sein (Verwaltung des eigenen Notariats, Verwaltung durch Rechtsanwalt), müsste sie/er der Notarkammer des Weiteren die Prämie für die in diesem Fall abzuschließende Vertrauensschadenversicherung i. H. v. **273,70 €**/Jahr (incl. 19 % Versicherungssteuer) erstatten.

Es liegt in Interesse des Notariatsverwalters, die Verwaltung möglichst zügig durchzuführen, da die Versicherungsprämie für die Haftpflichtversicherung sich bei kürzerer Dauer erheblich vermindert. Es gilt folgende Staffelung¹:

bis 6 Wochen	25 %
über 6 Wochen bis 4 Monate	50 %
über 4 Monate bis 7 Monate	75 %
über 7 Monate bis 12 Monate	100 %.

Dieselbe Staffelung gilt, wenn die Notariatsverwaltung länger als ein Jahr dauert (möglich bei Notariatsverwaltung für die Dauer der vorläufigen Amtsenthebung eines Notars oder Verlängerung der Notariatsverwaltung gem. § 56 Abs. 2 S. 2 BNotO).

Aus Gründen der abzuschließenden Haftpflichtversicherung ist bei Beendigung der Verwaltung vom Verwalter ein Bericht bei der Notarkammer einzureichen, mit welchem zu folgenden Punkten Stellung genommen wird:

1. Zu welchem Stichtag wurde die Verwaltung beendet?
2. Wohin ist die Urkundensammlung und wohin sind die Handakten nach Beendigung der Verwaltung gelangt (Amtsgericht, aktenverwahrender Notar, vgl. § 51 Abs. 1 BNotO)?

¹ (keine Staffelung bei der Prämie für die Vertrauensschadenversicherung)

3. Welche Notaranderkonten, die im Einzelnen mit genauer Bezeichnung aufzuführen sind, waren am Stichtag der Beendigung der Verwaltung noch nicht abgeschlossen? Was wurde in diesen Angelegenheiten veranlasst?

Wenn nach Ende der Notariatsverwaltung wegen der noch nicht abgeschlossenen Vorgänge gem. § 51 Abs. 1 S. 2 BNotO eine Aktenverwahrung durch einen Notar erforderlich sein sollte (Antrag bei der Präsidentin des Landgerichts), kann die Präsidentin des Landgerichts zugleich die Verfügungsbefugnis über betreffenden Anderkonten übertragen.

Sofern eine Notariatsverwaltung erforderlich sein sollte, sind die vorgenannten Regelungen im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zu treffen, der von der Notarkammer gesondert zugesandt wird.

Anlage: Merkblatt für Notariatsverwaltungen